

Deutschland nach 1945:

Befreiung - Zusammenbruch - Neuaufbau - Restauration

Prof. Dr. Christoph Kleßmann, geb. 1938, Studium der Geschichte und der klassischen Philologie in Göttingen, München und Tübingen lehrt Zeitgeschichte an der Universität Bielefeld.

Daß 1985 über den 40. Jahrestag der Kapitulation des Deutschen Reiches in der Öffentlichkeit viel intensiver nachgedacht und diskutiert wird als 10 oder 20 Jahre zuvor, hat verschiedene Gründe, die mit dem gewandelten politischen Klima und auch einem veränderten Geschichtsbewußtsein zu tun haben. Der Tag symbolisiert die Befreiung von der blutigsten Diktatur, die Deutschland und Europa je erlebten, und diese Befreiung sollte eigentlich an erster Stelle in der Erinnerung stehen. Er symbolisiert aber auch den Zusammenbruch eines

noch halbwegs funktionierenden wirtschaftlichen, sozialen und administrativen Lebens. Diese soziale „Stunde Null“ ist den Zeitgenossen besonders eindrücklich im Gedächtnis haften geblieben, auch wenn der Zusammenbruch nicht punktuell begann, sondern sich gleitend seit den letzten Kriegsmonaten vollzog. Der Tag symbolisiert schließlich die Hoffnung und die Chance auf einen Neuanfang, durch den ein für alle Male eine Wiederholung des Schreckens verhindert werden sollte. Doch die Hoffnung auf eine neue Weltordnung und auf ein neues demokratisches Deutschland innerhalb der europäischen Völkerfamilie, die der amerikanische Präsident und der britische Premier bereits 1941 in der Atlantik-Charta formuliert hatten, und die von den „Großen Drei“ in Jalta und Potsdam bekräftigt worden waren, wurden in vieler Hinsicht schnell und gründlich enttäuscht.

Daß sich die Befreiung mit der Besetzung verband, daß der Zusammenbruch keineswegs so total war, wie es zunächst schien und daß der Neuanfang schnell von kräftigen Tendenzen der Restauration, d. h. der Wiederherstellung alter Strukturen, der Wiedereinsetzung alten Personals und der Entstehung alter und noch verschärfter Konflikte, überlagert wurde, macht die historische Komplexität dieses Datums aus. Sie erklärt, warum sich die Bundesrepublik so schwertut, mit diesem „sperrigen Gedenktag“¹ umzugehen. Denn je nach Erfahrung, Generationsprägung und politischer Einstellung fällt die Akzentuierung dessen, was sich assoziativ mit dem 8. Mai verbindet, und was er für die Gegenwart bedeutet, ganz unterschiedlich aus.

Der von Goebbels verkündete und von einem bestellten Publikum im Berliner Sportpalast 1943 begeistert akzeptierte „totale Krieg“ endete im Mai 1945 in der bedingungslosen Kapitulation und im - scheinbar - totalen Zusammenbruch. Es gibt keine Meinungsumfragen darüber, wie die Bevölkerung das Ende des Krieges, das sie - wie wir aus den Berichten des Sicherheitsdienstes (SD) der Gestapo wissen - lange herbeigesehnt hatte, primär erlebte. Nimmt man die aktiven und passiven Gegner des Regimes, die Millionen von Häftlingen und Zwangsarbeitern einmal aus, so dürfte der Eindruck des Zusammenbruchs aber gegenüber dem der Befreiung vorgeherrscht haben. Der Kollaps verschärfte - unter völlig neuen politischen Rahmenbedingungen - zunächst lediglich die Probleme, die schon Monate vorher den Alltag bestimmt hatten: Individuelle Überlebensstrategien zu entwickeln, war das Gebot der Stunde, da man auf die „große Politik“ ohnehin keinen Einfluß hatte. Erleichterung über das Ende des Bombenkrieges und des politischen Terrors mischte sich mit den alles überwuchernden Sorgen ums tägliche Brot, um Unterkunft und Heizmaterial, aber auch um das Schicksal der Angehörigen und um das Schicksal

¹ Vgl. die Artikelserie in der ZEIT, beginnend mit dem 18. 1. 85.

Deutschlands, das den Siegern, die nur von einer Minderheit als Befreier begrüßt wurden, offensichtlich auf Gedeih und Verderb ausgeliefert war.

Daß Deutschland besetzt und nicht nur befreit war, bekamen sehr schnell auch aktive Antifaschisten zu spüren, die hofften, es werde bald ein „neues Leben aus den Ruinen blühen“.² Ihre Vorstellungen über einen gründlichen Neubeginn stießen auf alliiertes Mißtrauen gegenüber jeder politischen Aktivität der Deutschen. Demzufolge sahen sich Parteien und Gewerkschaften in ihrem Bemühen um Wiederaufbau kleinlichen Behinderungen und Vorschriften ausgesetzt. Unter der Hülle des völligen Bruchs mit der Vergangenheit brachen überdies alte politische Konflikte viel schneller wieder auf, als es in der ersten Hochstimmung der Befreiung möglich schien. Der ersehnte Frieden geriet innerhalb weniger Jahre bereits wieder an den Rand des heißen Krieges, und im Schatten des Kalten Krieges wurde vieles restauriert, was 1945 überwunden schien. In der Antwort auf Adenauers erste Regierungserklärung 1949 sprach der Oppositionsführer Kurt Schumacher bereits davon, die Bundesrepublik befinde sich in einer „Periode der absoluten Restauration“.³ Was den einen als Restauration erschien, war aber den anderen als Prozeß der allmählichen Normalisierung willkommen, und aus diesen verschiedenen Dimensionen subjektiver Erfahrungen und Urteile erklärt sich zu einem Gutteil die ambivalente Einstellung zum Jahr 1945 in der heutigen Situation.

Aber auch die unterschiedlichen Interpretationen der Historiker spiegeln die Unsicherheit der Ausgangssituation deutscher Nachkriegsgeschichte. Dies mag ein weiterer Grund dafür sein, daß der Gedenktag so kontrovers diskutiert wird. Denn die Geschichtsforschung hat deutlicher als noch vor 10 oder 20 Jahren herausgearbeitet, daß Befreiung und Zusammenbruch, Neubeginn und Restauration zusammengehören, sie hat den scharfen Kontinuitätsbruch von 1945 relativiert und die Stärke erhaltengebliebener oder wiederhergestellter Strukturen betont und das Dritte Reich in die Kontinuität deutscher Geschichte integriert.⁴ Sie hat aber auch verschüttete Alternativen von 1945 freigelegt,⁵ nicht genutzte Handlungsspielräume zu bestimmen versucht und tiefgreifende sozialstrukturelle Veränderungen in ihren Auswirkungen auf die Chancen eines demokratischen Neuanfangs betont. Sie hat gezeigt, daß die Deutschen keineswegs nur Opfer und Objekte der alliierten Allmacht – die

2 Vgl. die Proklamation an die Bergarbeiter der Zeche Prinz Regent in Bochum vom April 1945, abgedruckt in: Ch. Kleßmann, P. Friedemann, Streiks und Hungermärsche im Ruhrgebiet 1946-1948, Frankfurt 1977, S. 93 f.

3 Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenogr. Ber. 1. Wahlperiode 1949, Bd. 1, S. 33 a.

4 Vgl. dazu vor allem den Sammelband von W. Conze, M. R. Lepsius (Hg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1983.

5 Vgl. L. Niethammer u.a. (Hg.), Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal 1976. U. Borsdorf, L. Niethammer (Hg.), Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945, Wuppertal 1976.

„Eingeborenen von Trizonesien“ - waren, sondern auch bewußte politische Optionen vollzogen haben, deren Konsequenzen die Grundlagen der Bundesrepublik bis heute bestimmen.⁶

Die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, die gewissermaßen als Produkt der Konstellation von 1945 und Ergebnis der Option von 1948/49 in Bonn ebenso selbstgewiß beschworen wird wie sie in Ostberlin als Fehlentwicklung verdammt wird, war nicht die einzige historische Möglichkeit, die nach dem Ende des Dritten Reiches vorstellbar war, so schwer es für den Historiker nachträglich auch sein mag, alternative Denkmodelle gegen die Kraft der faktischen Entwicklungsverläufe zu rekonstruieren. Zunehmend sind 40 Jahre danach nämlich auch die Kosten der bereits in den Jahren vor der Gründung zweier deutscher Staaten 1949 erfolgten Weichenstellungen ins Bewußtsein getreten: die unwiderrufliche Teilung des Landes und Europas, die Blockkonfrontation mit ständig sich aufs neue drehenden Rüstungsspiralen, materielle und politische Sicherheit als erstrangige Größe politischer Kultur, durch die es schwierig geworden ist, gesellschaftliche Fehlentwicklungen zu korrigieren und die Gewöhnung an den Status quo durch produktive Utopien für eine menschlichere und friedlichere Welt und für veränderte Prioritäten angesichts drohender Umweltkatastrophen aufzubrechen.

Die befreienden und beklemmenden Elemente des Jahres 1945 gehören also zusammen. Hinter eine Erkenntnis freilich dürfte unabhängig davon, wie gegensätzlich das politische Urteil heute auch ausfallen mag, niemand mehr zurückgehen: daß das Jahr 1945 für Europa und Deutschland zunächst einmal und in erster Linie die Befreiung vom Faschismus, dem schlimmsten Übel in der neueren Geschichte Europas, bedeutete, oder, wie es ein Bewohner des Ruhrgebiets 1980 in einem lebensgeschichtlichen Interview formulierte: „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist.“⁷

Zusammenbruch

Als die alliierten Truppen in Deutschland einmarschierten, fanden sie in nahezu allen größeren Städten riesige Trümmerhaufen vor. Die Flächenbombardements und der mit Durchhalteparolen und Terror angeheizte hartnäckige Widerstand der Deutschen gegen die geforderte „bedingungslose Kapitulation“ hatten aber nicht nur Städte, Verkehrsverbindungen und Produktionsan-

⁶ Vgl. dazu als neueste Gesamtdarstellungen Th. Eschenburg, Jahre der Besatzung 1945-1949, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Bd. 1, Stuttgart 1983. W. Benz, Die Gründung der Bundesrepublik, München 1984 (dtv). R. Steininger, Deutsche Geschichte 1945-1961. Darstellung und Dokumente in zwei Bänden, Frankfurt 1983 (Fischer Tb). Ch. Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Göttingen 1983.

⁷ L. Niethammer (Hg.), „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist“. Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet, Berlin 1983.

lagen zerstört. Zu den schlimmsten Kriegsfolgen gehörten die in der bisherigen deutschen Geschichte beispiellosen Bevölkerungsbewegungen. Hinter diesem nüchternen demographischen Fachausdruck verbirgt sich das unvorstellbare und vielfach dokumentierte Elend von Flucht in den letzten Kriegsmonaten und Vertreibung bei und nach Kriegsende aus den Ostgebieten, darüber hinaus aber auch die Evakuierung und versuchte Rückkehr der Ausgebombten, die Heimkehr, Weiterwanderung oder Ansiedlung von Millionen Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und Displaced Persons. Die Hybris der nationalsozialistischen Politik der Lebensraumeroberung und Versklavung europäischer Völker schlug jetzt kollektiv auf das deutsche Volk zurück. Auf der Potsdamer Konferenz, die den Ausgangspunkt alliierter Deutschlandpolitik nach Kriegsende darstellt, wurde zwar beschlossen, eine „ordnungsgemäße und humane“ Überführung der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn sicherzustellen, aber in der von der Barbarei vergangener Jahre aufgewühlten Atmosphäre des Hasses war diese Bestimmung kaum das Papier wert, auf dem sie festgehalten wurde. In mehreren Wellen strömten Millionen Deutsche und Volksdeutsche in die vier Besatzungszonen, weitere Millionen waren bereits vor Kriegsende nach Westen geflohen, um der anrückenden Roten Armee zu entkommen. Vor allem die agrarisch bestimmten Flächenstaaten (Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bayern sowie Mecklenburg und Brandenburg in der Sowjetischen Zone) hatten den Hauptteil aufzunehmen. Dieser Bevölkerungszustrom (am 1. April 1947 im Gebiet der drei Westzonen bereits 6,15 Millionen⁸), der sich später als eine der Quellen des westdeutschen Wirtschaftswunders erweisen sollte, bildete zunächst sozialpolitisch eine erdrückende Last. Das „Flüchtlingsproblem“ - die heute gängige Bezeichnung „Vertriebene“ bürgerte sich erst seit 1947 ein - gehörte somit zu den schlimmsten Seiten der Zusammenbruchgesellschaft, denn alle sonstigen Übel wurden dadurch weiter gesteigert.

Nach außen hin stachen auf den ersten Blick am stärksten die verheerenden Zerstörungen hervor. In einigen dürren Zahlen ausgedrückt: 131 Städte waren durch Großangriffe aus der Luft zerstört worden; von 13000 Streckenkilometern der Eisenbahn in der britischen Besatzungszone waren im Mai 1945 nur 1000 befahrbar; von den rund 15,8 Millionen Wohnungen (im Gebiet der vier Besatzungszonen) waren rund ein Viertel total zerstört oder so schwer beschädigt, daß ein Neubau nötig war.⁹

Dieser in seinem Ausmaß nie erlebte Zusammenbruch bestimmte die Verhaltensweisen der Bevölkerung ganz unmittelbar. Die in der Erinnerung oftmals verklärte Verwegenheit der „Schwarzmarktzeit“, die Reduktion einer

⁸ G. W. Harmsen, Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard, Anlage V, Bremen 1947, S. 10.

⁹ W. Trees u. a., Drei Jahre nach Null. Geschichte der britischen Besatzungszone 1945-1948, Düsseldorf 1978, S. 51.

W. Abelshäuser, Wirtschaft in Westdeutschland 1945-1948, Stuttgart 1975, S. 152. Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch. Tatsachen und Probleme, Berlin 1947, S. 46 f.

modernen Volkswirtschaft auf die Stufe des Tauschhandels, ohne den auch die Betriebe kaum ihre Belegschaften beschäftigen konnten, Hunger und Verzweiflung angesichts einer düsteren Zukunft, der Rückzug in den privaten Raum der Familie als letzter Zuflucht, weil es staatliche Hilfen nicht geben konnte - all diese Faktoren prägten das Bewußtsein und das Verhalten des „kleinen Mannes“, sie markierten aber auch die Grenzen der Aktionsmöglichkeiten für die „Aktivisten der ersten Stunde“, die sich entschlossen bemühten, praktische Hilfestellung im Alltag zu leisten, ohne dabei eine weiterreichende politische Perspektive aus den Augen zu verlieren. Diese Männer und Frauen waren oft schon zur Stelle, als die alliierten Truppen einrückten und Fachleute aus Verwaltung und Wirtschaft geflohen oder untergetaucht waren. Die lange Jahre von der Geschichtsschreibung vergessenen Selbsthilfekomitees, die „Antifas“, verdienen hier an erster Stelle genannt zu werden. Sie setzten sich vor allem aus Vertretern der alten Arbeiterbewegung, Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten zusammen, aber auch Bürgerliche fehlten nicht. Die Palette ihrer Aktivitäten reichte von elementarer Nachbarschaftshilfe bis hin zu durchorganisierten Strukturen auf Stadt- oder Stadtteilebene, ihre Programmatik von der Bewältigung akuter Tagesaufgaben über personelle Entnazifizierung am Ort bis zu den Ansätzen politischer Neuordnungskonzepte.¹⁰

Reichweite und Umfang derartiger Basisaktivitäten auch nur annähernd genau zu bestimmen, ist kaum möglich. In jedem Fall handelte es sich hier nur um eine kleine Minderheit, die vermutlich wenig Chancen hatte, eine Mehrheit unter der tief verunsicherten Bevölkerung zu gewinnen. Sie bekam aber vor allem gar nicht die Chance, ihre Vorstellungen zu entwickeln und umzusetzen. Denn in allen Besatzungszonen wurden die Antifas von den Besatzungsmächten zurückgedrängt, aufgelöst, verboten oder in die traditionellen Organisations- und Verwaltungsstrukturen integriert. Fließende Übergänge gab es zwischen Antifas und den Aktivitäten der Betriebsräte, Gewerkschaften und Parteien, die sich ebenfalls in der Umbruchsituation sofort wieder zu Wort meldeten. Vor allem in den Betrieben etablierten sich bereits im Zusammenbruch erste informelle Arbeitervertretungen, zumeist getragen von Kadern der alten Arbeiterbewegung der Weimarer Zeit. Auch sie leisteten zunächst vor allem praktische Hilfs- und Aufräumarbeiten im Betrieb, ließen freilich oftmals auch ihren Anspruch erkennen, mit der Säuberung der Betriebe von belastetem Personal neue Entscheidungs- und Mitbestimmungsstrukturen durchzusetzen. Da die Besatzungsmächte in allen Zonen ein vitales Interesse daran hatten, das Wirtschaftsleben so schnell wie möglich wieder in Gang zu bringen, konnten sie solche Initiativen nicht einfach verbieten. Sie versuchten daher, diese Kräfte so gut wie möglich zu kontrollieren und weitergehende politische Ansätze zu unterbinden.

¹⁰ Siehe oben, Anm. 5.

Die Konturen der Zusammenbruchsgesellschaft weisen somit insgesamt sehr unterschiedliche Formen auf. Das Alte schien in der Tat völlig am Ende zu sein, und dieser Zusammenbruch hatte in einem nie dagewesenen Maße Desorganisation, Zerstörung des Hergebrachten, individuelle und kollektive Verelendung und politische Resignation zur Folge. Die Kehrseite der Medaille aber war bei einer aktiven Minderheit von Hitlergegnern und politisch bewußten Köpfen der Wunsch, nicht vor den Schwierigkeiten zu kapitulieren und ohne Revolution die Chance einer revolutionären Umgestaltung der politischen und sozialökonomischen Verhältnisse wahrzunehmen. Wieweit die Realisierung solcher Neuordnungsvorstellungen gelingen konnte, hing freilich auch von den weltpolitischen Bedingungen ab. Neubeginn und Restauration waren bestimmt durch den Verlauf des schon 1945 in ersten Ansätzen sich abzeichnenden Kalten Krieges.

Neubeginn

Das Potsdamer Abkommen vom August 1945 war für Deutschland die letzte Übereinkunft, die noch eine - wenn auch von vielen Formelkompromissen geprägte - gemeinsame Aktionsbasis der Sieger formulierte. Da ein Friedensvertrag bis heute nicht zustandekam, wurde es zum Ausgangspunkt für Kooperation und Konflikt. Der Krieg in Europa wurde hier zwar jetzt auch politisch beendet, aber eine dauerhafte Grundlage für den Frieden, wie ihn 1945 alle Völker erhofften, nicht gelegt.

Für Deutschland und die Deutschen bildete das Abkommen insofern einen Ausgangspunkt für den Neubeginn, als hier Parteien und Verbände wieder zugelassen wurden. Damit konnten die Westzonen einen Schritt nachvollziehen, der in der Ostzone schon im Juni möglich geworden war. Die bis dahin existierenden illegalen Gewerkschafts-, Partei- und Betriebsratsgründungen konnten nun legal fortgesetzt werden, der Organisationsaufbau blieb aber, wie sich schnell zeigte, genauen Anweisungen und Kontrollen unterworfen.

Daß die Aufteilung in Besatzungszonen mit dem Kontrollrat in Berlin als oberster alliierter Koordinationsinstanz nicht zum Ausgangspunkt der politischen Spaltung des um seine Ostgebiete verkleinerten Deutschland werden sollte, bewiesen vor allem die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, Deutschland wirtschaftlich als Einheit zu behandeln und überzonale, das heißt gesamtdeutsche Verwaltungsstellen einzurichten. Dies war zwar nur ein schwacher Vorgriff auf eine mögliche künftige gesamtdeutsche Regierung, daß aber nicht einmal dieser schwache Ersatz zustandekam, ging vor allem auf das Konto des französischen Vetos. Den extrem föderalistisch orientierten Vertretern Frankreichs im Kontrollrat bedeuteten schon zentrale Verwaltungen ein

Zuviel an Zentralismus. Für die Arbeiterbewegung bildete die Erklärung der Alliierten, die deutsche Wirtschaft zu dezentralisieren und zu entflechten, eine wichtige Voraussetzung künftiger Neugestaltung. Verbunden war sie mit einem umfassenden Entnazifizierungsprogramm, das jedoch von den Besatzungsmächten ganz unterschiedlich ausgelegt und realisiert wurde. Während die Sowjetunion gemäß ihrem Verständnis der Ursachen des Faschismus in sozioökonomischen Struktureingriffen (Bodenreform, Enteignung und Verstaatlichung von großen Industriebetrieben) den entscheidenden Ansatz einer effektiven Entnazifizierung sah, legten insbesondere die Amerikaner den Schwerpunkt auf die personelle Säuberung und brachten damit ein riesiges, in seinen Wirkungen letztlich eher problematisches und nach wenigen Jahren gescheitertes bürokratisches Verfahren in Gang.¹¹ Das für die Zeitgenossen als besonders schwerwiegend erscheinende Demontage- und Reparatursproblem, dessen Modalitäten in den Grundzügen in Potsdam ebenfalls festgelegt wurden, sollte sich dagegen für die Westzonen - ganz anders als für die sowjetische Zone - als relativ bedeutungslos erweisen. Die ursprünglichen Demontagepläne wurden mehrfach reduziert, und die ökonomische Wirkung der realisierten Demontagen blieb im Verhältnis zur ökonomischen Starthilfe für die westdeutsche Wirtschaft eher geringfügig.¹² Für die weitere politische Entwicklung Deutschlands sollte sich aber das in Potsdam als Kompromiß vereinbarte Prinzip, jede Besatzungsmacht solle ihre Reparationsansprüche aus der eigenen Zone befriedigen, als einschneidend erweisen. Denn der zuvor aufgestellte Grundsatz der Wirtschaftseinheit wurde damit unterlaufen, und über die Frage der Wirtschaftseinheit und der Reparationen zerstritten sich die Verbündeten von gestern.

Die politischen Stationen, in denen die Konflikte zwischen Sowjets und Angloamerikanern ihren Ausdruck fanden, waren die Gründung der Bizone 1946/47, die Schaffung des Wirtschaftsrats in Frankfurt, die Ankündigung des Marshall-Plans 1947 und die Beteiligung der Westzonen an dem daraus hervorgegangenen European Recovery Program (ERP) und schließlich die separate Währungsreform im Juni 1948. Die Berlinblockade, deren politisches Ziel die Verhinderung eines westdeutschen Staates war, bildete dann nach dem Sturz der Regierung in Prag im Februar 1948 den zweiten spektakulären Höhepunkt des eskalierenden und offen ausgebrochenen Kalten Krieges. Stellt man die Frage nach Chancen und Fehlschlägen eines Neubeginns insbesondere der Arbeiterbewegung in diese politischen Zusammenhänge, werden die Schwierigkeiten und Grenzen deutlich erkennbar.

¹¹ Dazu ausführlich L. Niethammer, Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitation unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt 1972. V. Dotterweich, Die „Entnazifizierung“, in: J. Becker u. a. (Hg.), Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, S. 123-161.

¹² Vgl. W. Abelshäuser, a.a.O., S. 129.

Gewerkschaften und Parteien hatten ihre Vorstellungen einer gesellschaftlichen und politischen Neuordnung schon im Widerstand und Exil in Umrissen formuliert.¹³ Inmitten der Desorientierung der Zusammenbruchsgesellschaft besaßen sie somit Konzepte, wie es weitergehen sollte. Diese Konzepte in konkrete Strategien umzusetzen, wurde ihnen jedoch durch die alliierten Auflagen zunächst erheblich erschwert. Der Vorsprung an politischer Initiative, den „die Linke“ 1945 besaß, ging auf diese Weise wieder verloren, weil ihre politische Energie von den mühsamen Versuchen, eine schlagkräftige Organisation aufzubauen, absorbiert wurde. Hans vom Hoff hat das bereits 1948 auf dem außerordentlichen DGB-Kongreß der britischen Zone mit bitteren Worten formuliert: „Wir haben nach dem Zusammenbruch geglaubt, daß wir bald unsere ganze Kraft zum Aufbau der Gewerkschaft entfalten könnten. Aber wir alten Gewerkschaftsfunktionäre sind erheblich enttäuscht worden. ...als wir uns nach dem Zusammenbruch in den ersten Monaten zur Verfügung stellten, wurde uns meist die kalte Schulter gezeigt.“¹⁴

Kann man bei den Arbeiterparteien SPD und KPD - anders als bei der völlig neu geschaffenen interkonfessionellen CDU - von einer Wiedergründung sprechen, weil sie trotz aller Änderungen ihrer Programme im wesentlichen an ihre alten Organisationsstrukturen und auch an ihre alte Mitglieder- und Wählerklientel anknüpften, so sticht im organisatorischen Profil der Gewerkschaftsbewegung vor allem das Neue hervor. Der Konflikt zwischen Gewerkschaften und Besatzungsmächten, aber auch zwischen den Einzelgewerkschaften um die künftige Struktur, insbesondere den Grad von Zentralisierung der Föderalisierung, gehört zu den beherrschenden Themen der frühen deutschen Nachkriegsgeschichte.¹⁵ Unumstritten blieb dabei jedoch die Grundorientierung an der Einheitsgewerkschaft anstelle der Zersplitterung in parteipolitische mehr oder minder eng gebundene Richtungsgewerkschaften herkömmlichen Musters. Starke Impulse erhielten die neu entstehenden Einheitsgewerkschaften aus den Betrieben, deren Vertretungen 1945 sehr häufig zu den Keimzellen der Gewerkschaftsorganisation wurden. Anders als in der Revolution 1918/19 gab es nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges keine scharfe Frontstellung zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften, sondern enge Kooperation, ebenso wie sich die Gewerkschaften bemühten, den Fehler des Weimarer Wirtschaftsdemokratie-Konzepts zu vermeiden und Mitbestimmung auf

13 Vgl. U. Borsdorf u.a. (Hg.), Grundlagen der Einheitsgewerkschaft. Historische Dokumente und Materialien, Köln 1977, S. 217-268.

14 Text der Rede in: Die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Besatzungszone. Geschäftsbericht des DGB (Brit. Zone) 1947-1949, Köln 1949, S. 15 ff.

15 Vgl. U. Borsdorf, Der Weg zur Einheitsgewerkschaft, in: J. Reulecke (Hg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr, Wuppertal 1974, S. 385-413. R. Detje u.a., Von der Westzone zum Kalten Krieg. Restauration und Gewerkschaftspolitik im Nachkriegsdeutschland, Hamburg 1982. M. Fichter, Besatzungsmacht und Gewerkschaften. Zur Entwicklung und Anwendung der US-Gewerkschaftspolitik in Deutschland 1944-1948, Opladen 1982.

betrieblicher Ebene zu vernachlässigen zugunsten einer gesamtwirtschaftlichen Mitentscheidung auf staatlicher Ebene.¹⁶

Die programmatischen Forderungen der neuen Gewerkschaftsbewegung gingen zwar weit über Mitbestimmung auf den verschiedenen Ebenen hinaus, und noch in den wirtschaftspolitischen Grundsätzen des DGB von 1949 nehmen Sozialisierung der Schlüsselindustrien und planwirtschaftliche Steuerung des Marktes einen zentralen Platz ein.¹⁷ Dennoch läßt sich bereits zu diesem Zeitpunkt erkennen, daß aus dem umfassenden Neuordnungskonzept der Gewerkschaften, das sich im wesentlichen mit dem der SPD und auch von Teilen des linken Flügels der CDU deckte, nur noch die Mitbestimmung eine Realisierungschance hatte. Ansätze zur Sozialisierung dagegen, wie sie im Sozialisierungsgesetz des nordrheinwestfälischen Landtages von 1948 zum Ausdruck kamen, wurden auf Druck der amerikanischen Besatzungsmacht gestoppt und später von deutscher Seite nie mehr mit politischem Nachdruck aufgegriffen.¹⁸ Auch das hatte mit den sozialpsychologischen Dispositionen der deutschen Bevölkerung zu tun, die es schwer machten, eine Mobilisierung für gesellschaftspolitische Ziele zu erreichen, verursachte doch der Alltag schon einen Zustand ständiger Überanstrengung. Darüber hinaus machte sich seit der Durchsetzung der „sozialen Marktwirtschaft“ durch Ludwig Erhard 1948, obwohl deren unsoziale Auswirkungen für die große Mehrheit der Bevölkerung deutlich spürbar waren, eine vage Stimmung des „Es geht wieder aufwärts“ breit, die planwirtschaftlichen Alternativen, wie sie die Opposition anbot, wenig nennenswerte Resonanz verschaffte. Schließlich trug die Teilung Deutschlands erheblich dazu bei, daß überlieferte Vorstellungen und Begriffe der Arbeiterbewegung wie Sozialismus und Sozialisierung durch ihre stalinistische Umdeutung und Pervertierung in der SBZ/DDR weiter an Anziehungskraft verloren. Die seit 1947/48 sich abzeichnende Spaltung des Landes hatte somit auch ihre gesellschaftspolitische Dimension, indem sie Neuordnungsvorstellungen im Westen partiell den Boden entzog und Restaurationstendenzen förderte.

Dennoch konnte in der paritätischen Mitbestimmung ein wichtiges Stück Neuordnung realisiert werden. In den gemäß Potsdamer Abkommen entflochtenen Werken der Eisen- und Stahlindustrie hatten die Briten 1947 die paritätische Mitbestimmung eingeführt, und nach harten Auseinandersetzungen wurde sie 1951 auf den gesamten Montanbereich der Bundesrepublik ausgedehnt. Für diese weiterreichende Form der Mitbestimmung hatten sich 1947/48

16 Vgl. Ch. Kleßmann, Betriebsräte und Gewerkschaften in Deutschland 1945-1952, in: H. A. Winkler (Hg.), Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945-1953, Göttingen 1979 (Geschichte und Gesellschaft Sonderheft 5), S. 44-73. E. Schmidt, Die verhinderte Neuordnung, Frankfurt 1970, S. 61 ff.

17 Text in: E. U. Huster u. a., Determinanten der westdeutschen Restauration 1945-1949, Frankfurt 1972, S. 388 ff.

18 Zum Sozialisierungsproblem vgl. (mit Dokumentation) Steininger, a.a.O., Bd. 2, S. 317 ff.

auch die Unternehmer an Rhein und Ruhr stark gemacht, weil sie hofften, die Gewerkschaften auf diese Weise für ihren Kampf gegen die Entflechtung gewinnen zu können. Die gescheiterte Sozialisierung wurde auf diese Weise wenigstens zu einem Teil ausgeglichen. Freilich blieb auch die Realisierung der Mitbestimmung ein Torso: ein effektives Mitbestimmungsrecht, wie es sich Belegschaften und Gewerkschaften nach 1945 in einer noch relativ offenen Situation errungen und in Länderbetriebsrätegesetzen zum Teil auch juristisch abgesichert hatten, ist im Betriebsverfassungsgesetz von 1952 nicht mehr erkennbar.¹⁹ In der Substanz war es nicht mehr als eine modernisierte Neuauflage des Betriebsrätegesetzes von 1920. Gemessen an den Hoffnungen, Erwartungen und programmatischen Forderungen der Arbeiterbewegung von 1945 hat unübersehbar die Restauration die Neuordnung überflügelt. Gleichwohl verbindet sich mit dem Jahr 1945 in einer weitergesteckten Perspektive - darauf wird abschließend noch kurz einzugehen sein - ein Neubeginn, der so tiefgreifend ist, daß trotz aller unverkennbaren und oft kritisierten Restaurations-tendenzen Bonn nicht Weimar werden konnte.

Restauration

Restauration setzt der begrifflichen Logik nach eine Revolution voraus, deren Ergebnisse wieder zurückgenommen werden. Eine Revolution gab es jedoch 1945 nicht, will man nicht das Ende des Nationalsozialismus als solche verstehen. Bezugspunkt einer sinnvollen Verwendung dieses Begriffs, mit dem viel Schindluder getrieben wurde und wird, kann somit nur eine revolutionäre Erwartung in einer prinzipiell offenen Situation 1945 sein, die auch andere gesellschaftliche und politische Entwicklungen konkret möglich erscheinen ließ. In der Tat war dies der Bezugspunkt der schon seit 1947 einsetzenden Restaurationskritik, wie sie sich bei Vertretern der Arbeiterbewegung des linken Katholizismus findet. Im Hinblick auf solche Erwartungen und auch auf konkrete Ansätze, die später wieder zurückgenommen wurden, ist es daher durchaus legitim, von Restauration zu sprechen, solange dieser Begriff nicht zum pauschalen Etikett für alles politisch Unliebsame verkommt.

Stichwortartig lassen sich viele Bereiche ausmachen, in denen in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren in diesem Sinne Restauration stattfand.²⁰ Das kapitalistische Wirtschaftssystem, das 1945 scheinbar zur Disposition gestanden hatte, war tatsächlich niemals zerstört, sondern durch Beschlagnahme und Eigentumsvorbehalte lediglich in Frage gestellt worden. Insofern

¹⁹ Zur Montanmitbestimmung und zum BVG vgl. H. Thum, *Mitbestimmung in der Montanindustrie. Der Mythos vom Sieg der Gewerkschaften*, Stuttgart 1982. E. Schmidt, a.a.O., S. 193 ff.

²⁰ Literatur zu den im folgenden genannten Bereichen findet sich in meiner Darstellung der Nachkriegsgeschichte (Anm. 6).

brauchte es gar nicht restauriert zu werden. Die von den Alliierten 1948 in 30 Nachfolgeorganisationen aufgelösten drei Großbanken (Deutsche Bank, Commerzbank, Dresdner Bank) erstanden 1957 wieder in ähnlicher Form und unter altem Namen. Daß traditionelle Verwaltungsstrukturen, die grundsätzlich verändert werden sollten, sehr schnell wiederhergestellt wurden, entsprach dem Interesse und dem Zwang, das drohende Chaos zu verhindern. Der Konflikt zwischen administrativer Effizienz und politischer Säuberung wurde dabei bekanntermaßen in den meisten Fällen zugunsten der Effizienz gelöst, so daß das Beamtentum ähnlich wie schon 1918 und 1933 zu einem der wichtigsten Träger von Kontinuität wurde. Im Bildungswesen hatten die Alliierten in Kooperation mit einzelnen deutschen Politikern zahlreiche Reformansätze durchgedrückt, die sich heute wie die Vorläufer der bildungspolitischen Reformen der späten sechziger und frühen siebziger Jahre ausnehmen. Da man aber Demokratie schlecht „von oben“ gegen den Willen der Betroffenen durchsetzen kann, wichen die Alliierten schrittweise vor dem hartnäckigen Widerstand der Kirchen und der schulischen Interessenvertreter zurück und überließen der Restauration das Feld. In der evangelischen Kirche versuchten starke Kräfte, aus der Verstrickung in den Nationalsozialismus und aus den Kirchenkampferfahrungen eine doppelte Konsequenz zu ziehen: Sie wandten sich von der nationalpolitischen Tradition ab und versuchten die bürokratischen landeskirchlichen Strukturen durch intensivere Beteiligung der Gemeinden aufzubrechen. Beides gelang jedoch nur begrenzt, so daß schon die zeitgenössische Kritik an den innerkirchlichen Restaurationstendenzen deutlich ausfiel. Die Interessenvertretungen, unter ihnen insbesondere die Arbeitgeber- und Unternehmerverbände, waren in den ersten Nachkriegsjahren ähnlich wie die Gewerkschaften harten Auflagen der Besatzungsmächte ausgesetzt. Über die Industrie- und Handelskammern als Ersatz und schrittweise über die zunächst nur regional zugelassenen Branchenverbände konnten sie aber wieder beträchtlich an Einfluß gewinnen, bis 1950 mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) wieder Spitzenverbände der Wirtschaft nach Weimarer Muster etabliert wurden.

Die hier nur skizzenhaft erwähnten Beispiele dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Blick auf formal restaurierte Strukturen ebensoviel verstellt wie er aufdeckt. Denn der Vergleich mit Weimar, der implizit den Bezugspunkt jeder Restaurationskritik bildet, läßt doch auch die schwerwiegenden Unterschiede und Kontinuitätsbrüche erkennen. Allein schon die tiefgreifenden und gewaltsamen Veränderungen, die das Kriegsende mit sich brachte, führten zu bedeutsamen politischen Konsequenzen. Die territorialen Veränderungen - die Bundesrepublik macht nur etwas mehr als die Hälfte des alten Deutschen Reiches aus - und die Durchmischung der Bevölkerung mit

Flüchtlingen und Vertriebenen führte dazu, daß die Bundesrepublik insgesamt sozial und kulturell ungleich homogener wurde als es das Deutsche Reich je war. Dies bedeutete auch eine Entlastung von spezifischen traditionellen Konflikten: die alte Strukturkrise der ostelbischen Landwirtschaft entfiel, das Konfessionsproblem wurde erheblich abgeschwächt, weil Katholiken und Protestanten annähernd gleich stark waren, die Auflösung Preußens beseitigte die Dominanz eines Landes und schuf eine relativ ausgewogene föderalistische Struktur der Bundesrepublik.²¹

Darüber hinaus aber fanden sich die - weitgehend restaurierten industriellen und bürokratischen Eliten erstmals mit der neuen demokratischen Staatsform ab. Verunsichert und „entpolitisiert“ durch die Erfahrungen des Dritten Reiches, die Entnazifizierung und die Entwicklung in der SBZ/DDR versuchten sie nicht mehr, die Republik in Frage zu stellen, wie es die Schwerindustrie und große Teile der Bürokratie in Weimar getan hatten. Die Bundesrepublik, ganz unrevolutionär und im wahrsten Sinne aus Trümmern geboren, hat insofern paradoxerweise unter erheblich günstigeren historischen Startbedingungen begonnen als die Weimarer, und ihr Erfolg auf vielen Gebieten ist daher auch ein wirkliches Stück Neubeginn und Neuordnung. Dennoch sollte weder die zeitgenössische noch die historiographische Restaurationskritik als bloßes Mäkeln an der stolzen Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik denunziert werden.²² Sie zeigt vielmehr, daß gerade die politisch aktivsten Gruppen aus der Arbeiterbewegung etwas anderes und mehr wollten als das, was Realität und Geschichte geworden ist. Enttäuschte Hoffnungen und Alternativen aus den ersten Jahren nach 1945 gehören daher ebenso zur Geschichte der Bundesrepublik wie ihr unbestreitbarer Erfolg.

21 Auf diese Aspekte des Kontinuitätsbruchs hat nachdrücklich M. R. Lepsius hingewiesen, in: Conze, Lepsius (Hg.), a.a.O., S. 11 ff.

22 Dies ist eine deutliche, wenn auch ironisch verfremdete Tendenz in der großen Gesamtdarstellung von H. P. Schwarz, *Die Ära Adenauer 1949-1957*, Stuttgart 1981. Ders., *Die Ära Adenauer 1957-1963*, Stuttgart 1983 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Bd. 2 und 3). Vgl. zur Kritik an der Restaurationsliteratur auch W. Benz, *Die Entstehung der Bundesrepublik*, in: ders. (Hg.), *Die Bundesrepublik Deutschland. Geschichte in drei Bänden*, Frankfurt 1983, hier: Bd. 1, S. 26 ff.